

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM
HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:
MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB
REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß
LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
www.baerbelbas.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de
Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



WEITERE HILFEN FÜR GRIECHENLAND

Am gestrigen Mittwochmittag hat der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung das dritte Hilfspaket für Griechenland verabschiedet. Bei 585 abgegebenen Stimmen gab es 454 Ja-Stimmen, 113 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen. Bei der SPD-Fraktion gab es vier Nein-Stimmen. Der Abstimmung war eine lebhafte und auch kontroverse Debatte im Bundestag vorausgegangen (Drs. 18/5780, 5788).

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann lobte in seiner Rede, dass der griechische Regierungschef Tsipras die vereinbarten Reformen umsetzen will. „Das ist ein gutes Zeichen“, sagte Oppermann. Das Ergebnis des Programms zeige: „Es war absolut richtig, dass wir vor vier Wochen hier im Bundestag den Weg für Verhandlungen freigemacht haben.“ Dieses Hilfsprogramm unterscheidet sich von den bisherigen Programmen in einem ganz wichtigen Punkt: „Es ist nicht wie bisher nur auf fiskalische Einsparziele fixiert, sondern es setzt auf den Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Griechenland.“ Nur so könnten die verschiedenen tiefliegenden Defizite des Landes gelöst werden. Als Beispiel nannte Oppermann die neu vereinbarte soziale Grundsicherung, die es bis dato nicht gab. Das führte bisher zur systematischen Flucht in die Frühverrentung. Deshalb sind die Rentenlasten kaum noch bezahlbar. Mit der Grundsicherung werde die arbeitsfähige Bevölkerung nicht mehr vorzeitig in den Ruhestand geschickt, folgerte Oppermann. Das sei ein „gutes Ergebnis“.

2

Eine effektive Finanzverwaltung wird nun aufgebaut

Er verwies auch auf den mangelnden Wettbewerb und die zu hohen Subventionen, die nun abgebaut würden. Ebenso habe die griechische Regierung zugesagt, Monopole, etwa im Strommarkt, aufzubrechen. Außerdem solle endlich eine effektive Finanzverwaltung aufgebaut werden, die in der Lage ist, Steuern einzutreiben, „nicht nur von den kleinen Leuten, sondern auch von den Reichen des Landes. Dazu passt, dass die Steuerprivilegien für Reeder und Landwirte auslaufen“. Er betonte auch die gravierende Armut des Landes. Oppermann: „Ein armer Staat kann sich keine Subventionen von Reichen mehr leisten. Und das Leben in Griechenland ist in vielen Bereichen für viele Menschen an ihren kleinen Einkommen einfach zu teuer, weil es zu wenig Wettbewerb gibt.“



Die genannten Maßnahmen stünden im vereinbarten Memorandum of Understanding – und zwar nicht nur als allgemeine Ankündigung, sondern unterlegt mit detaillierten Einzelvorhaben. Oppermann sagte auch ganz deutlich, dass die griechische Regierung diese Reformen „jetzt Punkt für Punkt einlösen“ müsse. Denn: „Finanzhilfen gibt es nur Zug um Zug gegen Reformen.“ Nur die griechische Regierung könne Griechenland reformieren, und nur sie könne Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen wiederherstellen, die für einen wirtschaftlichen Aufschwung notwendig sind.

Mit Blick auf die Schuldentragfähigkeit Griechenlands signalisierte Oppermann, dass Erleichterungen bei den Zinszahlungen und den Laufzeiten der Kredite möglich seien, die dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Einstieg und Griechenland eine langfristige Schuldentrückzahlung ermöglichen. Oppermann: „Wenn Griechenland sich erfolgreich reformiert, dann muss es auch Schuldenerleichterungen geben.“

Oppermanns Stellvertreter für Haushaltsfragen, Carsten Schneider, betonte im Plenum, man müsse der Bevölkerung noch stärker erklären, warum der Euro für Deutschland so wichtig ist und was ein Auseinanderbrechen der Eurozone bedeute. Die SPD-Fraktion spreche sich für ein starkes Europa und gegen eine Rückkehr zu reinen Nationalstaaten aus. „Wir wollen ein starkes Europa, das seine Aufgaben leisten kann“, sagte Schneider.

Norbert Spinrath, europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verwies ebenfalls auf die Chancen des Reformprogrammes. Es dürfe kein Zweifel aufkommen, dass die europäische Integration Grundlage allen Handelns sei; darum sei eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sehr wichtig. Spinrath warb darum, anzuerkennen, dass das griechische Parlament bereits Dutzende Reformschritte beschlossen habe. Das sei ein gutes Zeichen.

So sehen die Hilfen und Reformen für Griechenland aus

Nach konstruktiven Verhandlungen in Athen wurde – nur vier Wochen nach dem Grundsatzbeschluss über ein drittes Hilfsprogramm – ein so genanntes Memorandum of Understanding (MoU) zwischen den europäischen Institutionen und der griechischen Regierung erarbeitet. Am vergangenen Freitag haben die Finanzminister der Euro-Gruppe diesem Verhandlungsergebnis einstimmig zugestimmt. Und auch das griechische Parlament hat mit überwältigender Mehrheit für die finanzielle Unterstützung Griechenlands durch ein



Programm des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) gestimmt. Und nun hat auch der Deutsche Bundestag zugestimmt.

Der Umfang der gewährten Hilfen liegt bei rund 86 Milliarden Euro. Davon werden ca. 54 Milliarden für den Schuldendienst, 7 Milliarden für den Abbau von Zahlungsrückständen, 7,6 Milliarden zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung von Banken benötigt. Die Finanzhilfe wird in Form eines Darlehens gewährt. Die maximale durchschnittliche Laufzeit der Darlehenstranchen wird rund 32,5 Jahre betragen.

Damit das Programm in Kraft treten kann, mussten einige nationale Parlamente zustimmen. An diesem Mittwoch hat das deutsche Parlament den Weg für das Hilfsprogramm nun freigemacht. Durch seine Zustimmung wird der deutsche Regierungsvertreter ermächtigt, im Gouverneursrat des ESM dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen. Danach sollen unmittelbar 13 Milliarden Euro für Schuldentilgung und Zinszahlungen an Griechenland fließen. Weitere 10 Milliarden Euro werden für die Rekapitalisierung griechischer Banken auf ein Sonderkonto überwiesen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion war es wichtig, das Programm nach den konstruktiven Verhandlungen rechtzeitig vor dem 20. August zu beschließen, um so die ansonsten notwendig gewordene weitere Brückenfinanzierung für Griechenland zu umgehen. Das vorliegende Programm ist nicht nur besser als vorherige Vorschläge, sondern es zeichnet sich auch dadurch aus, dass alle Seiten aufeinander zugegangen sind. Erstmals seit den Verhandlungen über die Hilfspakete für Griechenland ist so etwas wie eine positive politische Dynamik auf allen Seiten entstanden.

Die Details des Reformprogramms:

Die SPD-Bundestagsfraktion steht mit überwältigender Mehrheit für das verhandelte dritte Hilfsprogramm. Das hat vor allem damit zu tun, dass viele Mängel der vorherigen Programme nicht wiederholt werden. Im Zentrum des Memorandum of Understanding stehen nämlich nicht nur pure Haushaltsvorgaben und Sparziele, sondern strukturelle Verbesserungen der griechischen Wirtschaft und Verwaltung.

- Das MoU stellt klar, dass Griechenland seine Staatsfinanzen weiter sanieren muss, setzt aber keine unrealistischen Haushaltsziele.



- Es führt ein neues Konzept im Umgang mit Staatsbetrieben ein, bei der Sanierung und professionellen Unternehmensführung im Vordergrund stehen. Es geht nicht bloß darum, durch schnelle Privatisierungen Haushaltslöcher zu stopfen, sondern es soll eine wirtschaftliche Modernisierung stattfinden.
- Es zielt auf den Aufbau eines effektiveren und effizienteren Sozialstaates. Zum ersten Mal in der griechischen Geschichte soll eine soziale Grundsicherung für alle eingeführt werden. Gerade die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich dafür eingesetzt.
- Es sieht eine umfassende Reform der griechischen Verwaltung vor, bei der Professionalisierung und Transparenz im Vordergrund stehen, damit künftig Korruption effektiver bekämpft werden kann.
- Nicht zuletzt wird ein zentrales Ziel der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, der Kampf gegen Steuerhinterziehung in Griechenland und die Suche nach griechischen Steuerhinterziehern in Europa, neues Gewicht bekommen. Griechenland will kurzfristig neue strafrechtliche Bestimmungen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug einführen. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sollen dabei auf alle Steuerarten ausgeweitet und Strafen verschärft werden.
- Bei der Rekapitalisierung der Banken kommt es nun doch zu einer Beteiligung der Anteilseigner der griechischen Banken (Bail-in). Es war immer eine politische Forderung der SPD-Fraktion im Zusammenhang mit der europäischen Bankenunion, dass die Anteilseigner von Banken auch an den Kosten für deren Rettung beteiligt werden. Die Rettung von Banken kann nicht primär Aufgabe der Steuerzahler sein. Deshalb ist diese Ergänzung des MoU für die SPD-Fraktion eine sehr positive Entwicklung. Und ganz wichtig dabei ist, dass die Einlagen der privaten Sparer davon nicht betroffen sind.

Mit dem Beschluss des dritten Hilfspaketes ist die Arbeit an dem Programm natürlich nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil: Durch regelmäßigeren und genauere Programmüberprüfungen müssen die Euro-Partner sicherstellen, dass die Vereinbarungen auch eingehalten werden. Für die SPD-Fraktion war immer klar: Hilfe kann es nicht ohne Gegenleistungen geben. Und die Gegenleistung der griechischen Regierung muss die konsequente Umsetzung der jetzt vereinbarten Reformen sein. Mit den mehr als 50 bereits



vom griechischen Parlament beschlossenen Vorabmaßnahmen (prior actions) hat die griechische Regierung ein wichtiges Zeichen gesetzt, um das in den letzten Monaten und Jahren verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. Die griechische Regierung muss insbesondere bei der Verwaltungsreform und dem Privatisierungsfonds nun rasch die hohen Erwartungen erfüllen.

Schuldentragfähigkeit und die Rolle des IWF:

Die Herausforderung für die Euro-Gruppe besteht in den nächsten Monaten darin, einen glaubhaften Weg zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands zu finden. Bereits im Juli wurde vereinbart, dass es nach einer erfolgreichen Programmüberprüfung im Herbst zu Gesprächen mit Griechenland über mögliche Schuldenerleichterungen kommt. Denn ohne solche Schuldenerleichterungen ist nach allen derzeitigen Prognosen eine langfristige Tragfähigkeit der Schulden Griechenlands nicht zu erreichen. Das ist auch die Voraussetzung für die weitere finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Da ein klassischer Schuldenschnitt nach den europäischen Regeln ausgeschlossen ist (No-Bail-out-Klausel), geht es dabei vor allem um längere Laufzeiten und tilgungsfreie Zeiten.

6

Die Beteiligung des IWF an einem neuen Finanzhilfeprogramm für Griechenland war und ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein zentrales Kriterium. Auch an den Verhandlungen über das jetzt beschlossene Hilfsprogramm war der IWF mit seiner fachlichen Expertise umfassend beteiligt. Eine erneute auch finanzielle Beteiligung des Währungsfonds wäre zwar zu begrüßen. Entscheidend ist jedoch, dass der IWF auch künftig mit seiner Erfahrung und Beratung ein Teil der Institutionen bleibt, die Griechenland auf dem Weg zurück zu Wachstum und Beschäftigung und schließlich auch wieder einer Finanzierung am internationalen Kapitalmarkt begleiten.

Die SPD-Bundestagsfraktion wirbt mit Nachdruck dafür, weiter Verantwortung und Solidarität zu verknüpfen, dann kann Europa gelingen. Insgesamt hat sich bei den Verhandlungen der letzten Wochen gezeigt, dass Kooperation der einzige Weg ist, zu einer Lösung zu kommen.